Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia"
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer Kč 1.40
(Im Ausland Kč 2.-)

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljahr	
Argentinien . .	Pes	0.30	Pes	3.60
Belgien	Frs	2. -	Frs.	24.—
Bulgarien . . .	Lew	8.-	Lew.	96 —
Danzig . .	Guld	0.30	Guld.	3.60
Deutschland .	Mk	0.25	Mk.	3
Estland .	E Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4	Fmk	48.—
Frankreich . .	Frs	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien .	d	4	sh	4 —
Holland	Gld	0.15	Gld	1.80
Italien . . .	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien	Din	4.50	Din	54.—
Lettland . . .	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 28
Sonnabend, 23. Dez. 1933

Bezugspreis im Quartal Kč 18.-
(Im Ausland Kč 24.-)

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljahrl.	
Litauen	Lit	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen .	Kr	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich . .	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina . . .	P. £	0.018	P. £	0.216
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal . . .	Esc	2.—	Esc.	24.—
Rumänien . . .	Lei	10 —	Lei	120.—
Saargebiet . .	F.Fr	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr	4.20
Schweiz	Frs	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengő	0.35	Pengő	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Allen Verfolgten!

Weihnachtsbotschaft des Freiheitskampfes

Den Witwen und Waisen der Ermordeten, den Gefangenen und ihren Angehörigen, den Vertriebenen, ins Elend Gejagten gilt unser Gruß. Vier Jahre lang haben wir die fröhliche, selige Zeit im Gebrüll der Geschütze verlebt, aber noch nie haben die Worte „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" uns so als blutiger Hohn geklungen wie diesmal. Von den Männern, die in den Unterkünften der Konzentrationslager ihren „heiligen Abend" verbringen, haben Tausende zu gleicher Zeit vergangener Jahre in den Schützengräben gelegen. Sie und ihre Familien haben nun den Dank des Vaterlandes.

*

Das **Leipziger Urteil** ist in dem Augenblick, in dem dieses Blatt in die Welt geht, noch nicht gefällt, doch längst weiß jedermann, wie es ausfallen muß, wenn es **gerecht** sein soll. Nicht nur für die Bulgaren, auch für **Torgler** ist nur Freispruch möglich, alles andere wäre bewußter Rechtsbruch, gewollter Justizmord. Ueber den Holländer darf kein Todesurteil gefällt werden, denn seine idiotische Tat hat kein Menschenleben zerstört, und als sie begangen wurde, gab es für Brandstiftung noch nicht den Tod.

Die Hinrichtung van der Lubbes wäre nur eine der unsäglichen Scheußlichkeiten mehr, die im Dritten Reiche gang und gäbe sind, sie könnte nichts daran ändern, daß sich die Regierung Hitler vor dem Reichsgericht eine **vernichtende moralische Niederlage** geholt hat.

Der Hysteriker **Hitler** liebt es, sich auf Kosten des Morphinisten **Göring** als der Bessere und Klügere herausstreichen zu lassen. Im Reichstagsbrandprozeß haben die beiden aneinander nichts vorzuwerfen. Hat der Morphinist vor Gericht tobend den Galgen für notorisch Unschuldige verlangt, so hatte der Hysteriker schon zuvor im Reichstag ihre öffentliche Hinrichtung gefordert. Beide hatten bei diesen Gelegenheiten einen Anblick geboten, der in Irrenhäusern häufig ist. Reichskanzler und Ministerpräsidenten hatte man aber bisher in solchem Zustand noch nie amtieren gesehen.

Ist also der große Prozeß die denkbar ärgste Bloßstellung für das braune System, so bedeutet er für den Kommunismus einen **ungeheuren Propagandaerfolg**. Was dem Agitprop der Kommunisten in Jahren angestrengten Nachdenkens nicht gelungen ist, das hat die Regie des Dritten Reiches spielend erreicht: sie hat der kommunistischen Internationale zu einem **moralischen Triumph** verholfen.

Schon längste Zeit war offenkundig, daß in der Urne des Reichsgerichtes für den Bolschewismus nur Haupttreffer lagen. Der Freispruch mußte seiner Propaganda einen gewaltigen Auftrieb geben, aber die Verurteilung erst recht!

Noch nie zuvor war es der kommunistischen Internationale gelungen, einen der Ihren zu wahrer Weltpopularität emporzuheben. Erst **Werner**, der Oberanwalt des Dritten Reiches, hat **Dimitroff** aus der Dunkelheit seines Emigrantendaseins herausgeholt und ihm Gelegenheit gegeben, sich überall Respekt und Sympathie zu erwerben. Erst **Göring** hat alle anständigen Menschen gezwungen, für diesen Kommunisten Partei zu ergreifen. **Dimitroff ist heute der populärste Mann der Welt: Heil Hitler!**

*

Hitler lügt der Welt vor, er habe sie durch seine blutige Schmierenkomödie vor dem Bolschewismus gerettet. In Wirklichkeit kann man sagen: wenn der Bolschewismus keine Aussicht hat, die ganze Welt zu erobern, so ist das nicht wegen Hitler, sondern trotz Hitler. Der Bolschewismus selbst hat jetzt vor einem Jahr auf dem Standpunkt gestanden, daß er auf lange Sicht durch den Faschismus nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen habe. Man muß zugeben, daß die ersten Erfolge der Hitlerherrschaft die Moskauer These zu bestätigen scheinen, nach der eines Tages **Stalin** ernten wird, wo Hitler gesät hat.

Jedenfalls hat die Dritte Internationale allen Grund, sich beim Dritten Reich für den Reichstagsbrandprozeß zu bedanken. Die Welt aber sieht mit Staunen, wie im heutigen Deutschland der Kampf gegen den Bolschewismus geführt wird. Viehische Brutalität ohne einen Funken Verstand. Köpfe fallen. Aber der Kampf der Ideen wird nicht vom Scharfrichter entschieden werden.

*

Indessen genießen die Sieger, unbeschwert von Gewissensbedenken, taub für den Schmerzensschrei der mißhandelten Opfer, ihre Beute. Für sie ists wahrlich eine gnadenbringende Zeit! Wir aber denken an das **Sozialistengesetz** und an jene berüchtigte Weihnachten von 1880, als die Hamburger Polizei rechtschaffene Arbeiter von der Seite ihrer Lieben riß, um sie zu verhaften und des Landes zu verweisen. Schien nicht auch damals alles zerschlagen und verloren? Und doch — **welche Kraft** hat die Arbeiterbewegung aus jenen Verfolgungen geschöpft!

Im Höllenfeuer dieser Zeit wird der Sozialismus nicht verbrennen; gestählt wird er aus ihm hervorgehen, siegreich und unbesiegbar.

Laßt andere feiern und schmiedet Waffen!



100.000 Tyrannen

Das Ende der Selbstverwaltung

Die preußische Regierung hat eine **neue Gemeindeverfassung** dekretiert. Der Grundzug ist die **völlige Zerschlagung aller Wahlkörperschaften**, die Errichtung der Diktatur der Gemeindeleiter. Die Bürgermeister, Gemeindeschulzen und Dorfschulzen werden in Zukunft **selbstherrlich entscheiden und regieren**. Sie können zur Hilfeleistung Schöffen und Stadträte zuziehen, die ihnen jedoch **unbedingt untergeordnet** sind. Alle Vertretungskörperschaften der Gemeindemitglieder fallen fort. Dafür **beruft** der Minister des Innern für Gemeinden und Städte Gemeindeleiter mit **beratender Stimme**, denen die örtlichen obersten Leiter der SA und der NSDAP anzugehören haben. Jede Stadt erhält durch den Minister des Innern einen „**Stadtbrief**" über die Berufung der Gemeinderäte. Städte, die sich besonderer Gunst erfreuen, können das Vorrecht erhalten, für die Berufung des Bürgermeisters Vorschläge zu machen.

Dasselbe Prinzip wird auf die **Provinzialverfassung** angewandt. Der Oberpräsident kommandiert die Provinz, der Regierungspräsident den Regierungsbezirk, der Landrat den Kreis. Alle Wahlvertretungen werden abgeschafft.

Das ist das Ende der Selbstverwaltung! Die Durchführung dieses Prinzips schlägt der deutschen Geschichte und dem deutschen Recht vor

allem Anbeginn an ins Gesicht! Die Nationalsozialisten, die sich als Vertreter des deutschen Rechts gegen das römische Recht aufspielen, haben damit den wichtigsten und ursprünglichsten Teil des deutschen Rechts, das Selbstverwaltungsrecht, zerschlagen! Ist es nicht abgrundtiefe Heuchelei, daß diese Leute sich dauernd auf den Freiherrn von Stein berufen?

Vor Jahrhunderten erhielten deutsche Städte Stadtbriefe, die ihnen Rechte und Freiheiten, das Recht der eigenen Regierung sicherten. Die nationalsozialistische Diktatur hat die romantisierende Bezeichnung „Stadtbrief" übernommen — aber diese Stadtbriefe sind heute Urkunden der Unfreiheit, der Versklavung, der Unterwerfung der Gemeindebewohner unter die Willkür eines Tyrannen und seiner Werkzeuge!

Es ist ein wahnwitziger Zustand, der damit herbeigeführt wird! Göring, der Obertyrann, ernennt seine Spießgesellen zu Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräten, Bürgermeister, Dorfschulzen, Gemeindeschulzen. Sie handeln alle in seinem Auftrag und sind nur ihm verantwortlich! Göring ernennt die Beiräte der Bürgermeister und Gemeindeleiter. Göring erteilt die Stadtbriefe, Görings Willkür entscheidet, ob eine Stadt Vorschläge machen darf! Fort ist alles, was an Anregung, Kritik, Kontrolle auf dem Boden der Selbstverwaltung erwachsen ist. Der letzte Rest von Bürgerschaft und Recht des Bürgers ist zertrümmert. Eine Hammelherde, die sich um öffentliche Dinge nicht zu kümmern hat — das ist das deutsche Volk. Es ist kaum denkbar, daß ein Eroberer ein tiefstehendes Kolonialvolk so vollständig von allem Anteil am öffentlichen Leben ausschließen könnte, wie dem deutschen Volke durch die nationalsozialistischen Eroberer geschieht!

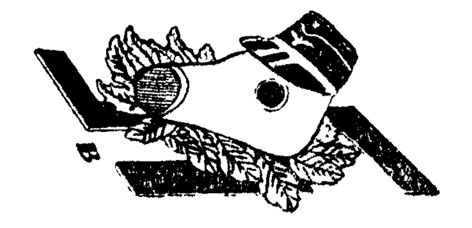
Unter einem Tyrannen, dessen freche Willkür keine Grenzen kennt, ergießt sich ein Heuschreckenschwarm von kleinen Stadt- und Dorftyrannen über die deutschen Gemeinden. Der Kampf gegen die Tyrannen in Stadt und Dorf ist eine wesentliche Erscheinung auf dem Wege des deutschen Volkes zur Freiheit gewesen. Das ganze 19. Jahrhundert ist ausgefüllt vom Kampf gegen Willkür und Korruption in den nichtstädtischen Gemeinden, weil Willkür und Korruption die notwendigen Begleiterscheinungen der Gemeindetyrannen, des Fehlens alles Selbstbestimmungsrechtes und aller öffentlichen Kontrolle waren. Die Zerschlagung dieser Selbstverwaltung ist eine der reaktionärsten Maßnahmen, die die Despotie bisher getroffen hat.

Willkür und Korruption werden wieder ins deutsche Gemeindeleben einziehen! Die Mittel der Gemeinden und ihre Verwaltung geraten in die Hand von Kreaturen der Tyrannen. Das ist für die Despotie eines der wesentlichsten Momente mit: sie sichern sich Zugriff und Verwendungsmöglichkeit für alle öffentlichen Mittel!

Wozu überhaupt dies reaktionäre Dekret, diese Maßnahme, die der besten deutschen Tradition und dem deutschen Recht ins Gesicht schlägt? Die Tyrannen fürchten sich! Sie fürchten, daß in Gemeindevertretungen der Widerstand gegen ihre Ausplünderung des Volkes sich erheben könnte! Sie müssen die Fesseln der Tyrannei immer noch fester ziehen, damit das gefesselte Volk sich nicht losringt.

Der geistige Tiefstand dieses Regimes konnte nicht besser gekennzeichnet werden als mit der Einsetzung der Stadt- und Dorftyrannen! Macht und Gewalt, das sind die einzigen Worte, die sie kennen. Gegenüber der Freiheit, die in Jahrhunderten deutschen Geschichte erwachsen ist, gegenüber dem Reichtum und dem blühenden Leben der Selbstverwaltung, gegenüber den Leistungen der Selbstverwaltung für Kultur und menschlichen Fortschritt, haben sie nur Verachtung. Die Tyrannen sehen im deutsche Volke nur ein Objekt der Ausplünderung und Unterdrükkung, eine Menschenherde, der sie den letzten Rest von Freiheit austreiben wollen, damit sie sie umso leichter auf die Schlachtfelder treiben können — zur höheren Ehre ihrer wahnwitzige Machtträume!

Die deutsche Gegenrevolution hat mit der völligen Zerschlagung der Selbstverwaltung einen Gipfel erklommen.



Briefe aus Schlesien

Unter der Naziherrschaft — Hungerlöhne — Nazis untereinander

Wir erhielten eine Reihe von Briefen über die Festrede in Schlesien. Wir geben im folgenden das Wichtigste daraus wieder.

Die politische Kirchhofsruhe.

Jegliche freie Meinungsäußerung oder Kritik in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht wird brutal unterdrückt. Wagt es dennoch der eine oder andere, an den bestehenden Verhältnissen etwas auszusetzen und dies gelangt zur Kenntnis der Behörden, so ist es gewiß, daß er durch die Staatspolizei verhaftet und von den Sondergerichten zu den schwersten Strafen verurteilt wird. Es wird hierbei keine Rücksicht darauf genommen, ob die Kritik berechtigt oder unberechtigt war. Ebenso werden den Aeußerungen über die Einrichtungen der NSDAP oder ihrer Organe, auch wenn sie nur im Scherz fallen,

mit sofortiger Verhaftung und nachfolgender gerichtlicher Bestrafung geahndet.

Typisch hiefür ist folgender Fall: zwei Arbeiter, von denen der eine ein wenig beschränkt war, standen vor einem Plakat der NSBO. Nur diese Abkürzung machte das Plakat als solches dieser Organisation erkenntlich. Der beschränkte Arbeiter fragte nun seinen Kollegen nach der Bedeutung dieser Abkürzung, da sie ihm unbekannt war. Letzterer erwiderte darauf im Scherz, daß diese Abkürzung „Nun sitzen Bonzen oben" bedeutet. Ein neben diesen Arbeitern stehender Passant erstattete Anzeige und der Arbeiter wurde darauf sofort verhaftet.

Bis jetzt müssen sich noch eine ganze Anzahl Genossen täglich bei der Polizei melden. Ein Genosse, der schwer krank ist, muß alle Tage kilometerweit von seiner Wohnung zur Polizei laufen. Ein anderer Genosse, der noch im Betriebe ist, muß täglich in der Mittagspause zur Polizei. Wenn er kein Fahrrad hätte, käme er nicht zum Mittagessen. Sagen dürfen wir nichts, nur horchen und alles gut merken!

Lebensmittel teurer — Löhne niedriger!

Die Lebensverhältnisse im Dritten Reich haben sich seit Uebernahme der Macht durch die NSDAP für die Schaffenden und die Arbeitslosen sehr verschlechtert. Der Speck, welcher 50 Pfg. das Pfund kostete, stieg auf 90 Pfg., die Butter von Mk. 1.10 auf Mk. 1.60 bis Mk. 1.70, ebenso sind alle anderen Artikel, insbesondere Textilwaren, im Preise gestiegen, so daß es dem Arbeiter oder Arbeitslosen nicht möglich ist, notwendige Anschaffungen für den Winter zu machen.

Während alle Preise in die Höhe gingen, ist der Verdienst der Arbeiter durch Einlegung von Feierschichten, bezw. durch Arbeitsstreckung zurückgegangen, während die Unterstützungssätze der Arbeitslosen dieselben geblieben sind.

Es liegt also klar auf der Hand, daß sich die Situation der Schaffenden und erwerbslosen Arbeiter verschlechtert, nicht aber gebessert hat.

Die Propaganda der NSDAP, nach der sich seit der Machtübernahme 2½ Millionen früher arbeitslos gewesener „Volksgenossen" wieder in Arbeit und Brot befinden, ist ein großer Bluff. Bei näherem Hinsehen wird es einem sofort klar, daß die Bewegung der Arbeitsmarktlage nur auf die saisonmäßige Arbeitsgelegenheit zurückzuführen ist.

Der Verdienst des Arbeiters, soweit er eine Arbeit hat, beträgt wöchentlich höchstens Mk. 18.—, wobei auf eine größere Familie keine Rücksicht genommen wird.

Da unser Lohn so niedrig ist, haben wir uns an dem Amtswalter unserer Organisation gewandt. Im Laufe der Besprechung erklärten wir ihm, daß wir früher anders vertreten worden seien. Wir wurden angeschnauzt, wir seien Kommunisten und gehörten ins Konzentrationslager. Wir lassen uns trotz allem nicht klein kriegen!

Kriegsberichte von der Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der wirklich neu in Arbeit gebrachten Erwerbslosen ist sicher weiter geringer, als sie von der Regierung angegeben wird. Alle möglichen Mitel wurden angewandt, um die Zahl der Arbeitslosen herabzudrücken. Einem großen Teil der Arbeitslosen wurde die Unterstützung entzogen mit der Begründung, daß deren Familienangehörige ein Einkommen haben, das über dem gesetzlichen Existenzmininum läge. In einem Betriebe der „Vereinigten oberschlesischen Hüttenwerke" in Gleiwitz waren vor der Bekanntgabe des sogenannten Arbeitsbeschaffungsplanes 10 Mann beschäftigt. Und um die „Bestrebungen der Reichsregierung zu unterstützen" sind in diesem Betrieb 5 Mann neu eingestellt worden. Nun wird man sagen, nun also, da ist doch etwas geschafft worden. Dem ist aber nicht so.

Diese 15 Mann verdienen heute im Monat weniger als vorher die 10 Mann!

Dies ist nur ein Fall, der sich beliebig erweitern läßt. Alle diese Erwerbslosen sind aus den Statistiken gestrichen und erscheinen nun unter den berühmten 2½ Millionen neu eingestellter Arbeiter.

Durch schlesische Zeitungen geht die Meldung, daß die Faltis-Spinnerei in Liebau, die längere Zeit stillgelegt war, jetzt mit einer Belegschaft von 250 Mann wieder eröffnet sei. Tatsache ist, daß bisher 6 bis 8 Mann Aufräumungsarbeiten machten und die Belegschaft heute genau gezählt 22 Mann beträgt. Die Neueinstellung von 14 Arbeitern war der Anlaß zur Verbreitung der vorerwähnten Siegesmeldung. Kriegsberichterstattung!

SA verprügelt SA-Führer

In Neustadt O. S. fand eine Führertagung der Nazis statt. Die NS.-Führer kamen in den elegantesten Autos. Auf der Tagung kam es zu Auseinandersetzungen, weil Neulinge gute Posten bekamen, während ältere Pg. bis jetzt leer ausgingen. **Nach der eigentlichen Tagung kam es aus diesem Grunde in verschiedenen Lokalen der Stadt zu Prügeleien zwischen SA und SS. Dann kehrten die SA-Männer in den Volksgarten zurück und verprügelten die dort anwesenden SA-Führer.** Scharführer Jokisch, der seinen Leute Ruhe gebot, wurde schwer mißhandelt und übers Auto geworfen. Ein ehemaliger Schüler des Lehrers Göbel zog diesen bei den Haaren und verprügelte ihn mit der Begründung: „Früher hast Du mich verdroschen, jetzt verhaue ich Dich!" Herbeigeholte Polizei war zu schwach und wurde von der SA zurückgeschlagen. Darauf rückte Reichswehr an, die blank zog und Ordnung machte. Diese Unterhaltung im Volksgarten hat mit einer Anzahl von Verletzten und Verhaftungen geendet. Verprügelt wurden alle anwesenden Führer, auch verschiedene Polizisten haben sehr schlecht abgeschnitten.

Ein Nazi-Zungenmeister

Ebenso im Zeichen der Erneuerung stand die Einführung des neuen Bürgermeisters in Neustadt. Nach der amtlichen Einführung unternahmen die Stadtverordneten unter Leitung ihres neuen Oberhauptes eine Bierreise. In den frühen Morgenstunden gröhlte und johlte diese Gesellschaft im „Kaffeestübel", einem Lokal, das sich nicht des besten Rufs erfreut. Der diensthabende Polizist Winder, der bei seinem Rundgang die Herren zur Ruhe mahnte, wurde entwaffnet und derart verprügelt, daß er längere Zeit dienstunfähig war. Darnach war er noch mit verbundenem Kopf in der Stadt zu sehen. Hier wundert man sich über diesen Vorfall nicht, man betrachtet ihn nur als Auftakt zur Amtsführung des neuen Bürgermeisters. Der neue Mann schaffte sich sofort einen Kraftwagen an mit eigenem Chauffeur. Seine Vorgänger haben nicht gewußt, daß die kleine Stadt nur mit einem Auto zu regieren ist! Der neue Bürgermeister wußte gleich, wo es in der Verwaltung fehlt. Er hat seinen Wagen und jetzt ist alles in Ordnung.

Keine Begeisterung.

In Kauffung, Kreis Schönau, fand eine von 400 bis 500 Arbeitern besuchte NSBO-Versammlung statt. Der Kreisleiter der NSBO Koschein aus Petersdorf schloß seine Rede mit „Heil Hitler". Die Arbeiter saßen stumm wie die Fische, sie stimmten nicht in den Ruf ein und spendeten keinen Beifall. Der Herr Kreisleiter ist darüber so untröstlich, daß er sich in anderen Versammlungen über das rote Gesindel beschwert. Die Arbeiter nahmen diese Mitteilung mit Schmunzeln und Genugtuung entgegen.

Aehnliches passierte in einer Versammlung des Konsumvereins Ende November in Hirschberg. Auch hier sollten die Anwesenden in das „Heil Hitler" einstimmen. Kaum ein Dutzend Arme wurden hochgereckt, dagegen war im ganzen Saal mürrisches Gemurmel zu hören. Betretene Gesichter bei den Kommissaren und raschester Schluß der Versammlung.

Es stinkt!

Korruption in den Naziorganisationen.

Das Breslauer Oberpräsidium hat den Kreisbetriebszellenleiter Neugebauer und den Rechtsschutzberater der NSBO Breslau-Stadt Zalewski in Schutzhaft nehmen lassen. Die beiden werden in der Nazipresse als unsaubere Elemente bezeichnet.

In Hirschberg ist der Kreisleiter der NSDAP mit allen seinen Stabswaltern beurlaubt, eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden.

Es stinkt nach Korruption!

Mörder Reichsgericht!

Elf Köpfe sollen rollen!

Im Sommer 1932 war in Deutschland Bürgerkrieg. Nationalsozialisten überfielen Kommunisten und töteten sie. Kommunisten verteidigten sich oder gingen zu Vergeltungsaktionen über. Es brannte überall.

Am 20. Juni brannte es in Erkrath bei Düsseldorf. Bei einer Schießerei zwischen Nazis und Kommunisten kam ein SA-Mann ums Leben. Ein zweiter wurde schwer verletzt.

Das Düsseldorfer Schwurgericht hat wegen dieses Scharmützels zehn Kommunisten zum Tode verurteilt, und das Reichsgericht hat am letzen Montag alle zehn Todesurteile bestätigt. Einem elften, dem das Düsseldorfer Gericht 15 Jahre Zuchthaus zuerkannt hatte, hat das Reichsgericht aus eigenem zum Tode verurteilt.

Das Recht zur Begnadigung liegt in der Hand Görings, dessen Blutgesinnung dem Reichsgericht bekannt ist.

Die Abschlachtung der elf Opfer von Erkrath wird vielleicht in den Augenblick, in dem dieses Blatt erscheint, schon vollzogen sein.

Im Sommer 1932 standen Bewaffnete gegen Bewaffnete, es wurde von beiden Seiten geschossen. Aber keine Tötung, die von Nationalsozialisten begangen wurde, ist bestraft worden.

Seitdem sind Hunderte von Sozialdemokraten, Kommunisten und Pazifisten als wehrlose Gefangene ermordet worden.

Keiner dieser Morde wurde bestraft!

Jetzt läßt das Reichsgericht für einen Nationalsozialisten, der im Bürgerkrieg getötet wurde, elf Kommunisten abschlachten.

Das ist nicht Justiz sondern konterrevolutionärer Massenmord!

Die Männer, die ihn anordnen, sind nicht Richter, sondern Mörder!

Otto Schweizer tot

Ein Opfer der Hitlerdespotie

In den ersten Tagen des Dezember hat der langjährige Führer des Bundes der Technischen Angestellten und Beamten, unser prächtiger Genosse Otto Schweizer mit 46 Jahren seinem Leben ein Ende bereitet. Es war nicht die materielle Not, zu der heute in Deutschland alle Marxisten verurteilt werden, die Otto Schweitzer lebensmüde gemacht hätte, aber dieser aufrechte Kämpfer konnte das Ausmaß an Demütigungen und die ständigen Diffamierungen, denen die besten der deutschen Gewerkschaftsführer im Hitlerdeutschland ausgesetzt sind, nicht länger ertragen.

Otto Schweitzer war als junger Maschinenbauingenieur kurz nach der Gründung der Technikergewerkschaft durch Hermann Lüdemann in die hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit berufen worden. Hier war Schweitzer mit der Aufwärtsentwicklung seines Bundes nach wenigen Jahren der anerkannte Führer der technischen Bewegung geworden.

Noch in den letzten Jahren wußte Sweitzer mit rastlosem Schaffen und mit größter Umsicht die von der Erwerbslosennot hart bedrängte Organisation durch die Klippen der Krise hindurchzusteuern, bis die Hitlerkatastrophe auch diese Gewerkschaft geraubt und vernichtet hatte.

Die brutale Zerschlagung eines in fast 30 Jahren mühsam aufgebauten Werkes gewerkschaftlicher Selsbstverwaltung durch die Braunen Landsknechte hat Schweitzer nicht überwinden können. Für Männer mit der echt sozialistischen Gesinnung dem Bekennermut und dem Freiheitsdurst eines Otto Schweitzer sollte im Dritten Reich der Knechtschaft kein Raum mehr sein.

Amerika erwartet Krieg

Vielleicht schon in ein paar Monaten — sicher in zwei Jahren

Der großen amerikanischen Tageszeitung „New York American" schreibt ihr Londoner Korrespondent William Hillman am 4. Dezember:

Weihnachten kommt in den nächsten Tagen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" — Der nächste Krieg, der neue Konflikt der Großmächte, vielleicht der neue Weltkrieg, kann eine Angelegenheit der nächsten Monate werden.

Für Europa ist der Krieg wieder nah! Die Staatskanzleien verhehlen nicht ihre Furcht, daß der Krieg, den sie erwarten, nahe bevorsteht; in privaten Unterhaltungen schätzen sie das Datum seines Ausbruchs.

Eine fieberhafte Atmosphäre liegt über den europäischen Hauptstädten, erschreckend in ihrer Aehnlichkeit mit der elektrischen Spannung des Frühjahrs 1914.

Nüchternes Urteil mag sagen, daß die großen Völker, die vor ungeheueren wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen zum Krieg nicht bereit sind. Aber dem nüchternen Urteil kann man kein Vertrauen schenken... Ganz offenbar ist

Deutschland, um das sich die Sturmwolken sammeln,

zum Schlagen nicht bereit. Wenn es zum Schlag ausholt, wie Frankreich, England, Belgien und die kleine Entente erwarten, so wird es das erst tun, wenn es sich stark genug fühlt, den Spruch von 1919 umzustürzen. Ihm fehlen die wichtigsten Angriffswaffen, die ihm durch den Vertrag von Versailles genommen sind, doch wer kann sagen, ob der nächste Krieg mit denselben Waffen ausgefochten werden wird, wie man sie vor anderthalb Jahrzehnten brauchte. Der wissenschaftliche geschulte Erfindergeist ist nicht unfruchtbar geblieben. Man spricht geheimnisvoll von

neuen Waffen und Wegen der Kriegführung,

die das gegenwärtige Verhältnis von Materialstärke und Militärkraft vollständig verändern könnten. Es trifft sich nicht zufällig, daß die Zivilbevölkerung Deutschlands, Englands, Frankreichs, und der anderen Länder jetzt im Schutz gegen Luftangriffe geübt wird.

Niemand kann sagen, wann der neue Brand ausbrechen wird. Ein einziger, vereinzelter Akt eines Verrückten, der mit größerer Genauigkeit schießt, als jener junger Bursch, der seine Pistole gegen Dollfuß allzu eilfertig abfeuerte, kann den Kontinent ebenso schnell und sicher in den Krieg stürzen, wie der Schuß von Sarajewo im Jahre 1914.

Die erhöhte Tätigkeit der Spione widerspiegelt sich in immer neuen Verhaftungen. Könige halten in entlegenen Schlössern des Balkans Konferenzen, Botschafter und Spezialgesandte versuchen die magische Formel zu finden, um zu verhindern, daß sich, um ein Wort Stanley Baldwins zu brauchen,

Europa wieder in einen Schlächterladen verwandelt.

Sir Austen Chamberlain, der von Natur nicht dazu neigt, grundlos Lärm zu schlagen, erklärte im Unterhaus:

„Ich betrachte die gegenwärtige Situation mit schwerer Besorgnis. Ich meine, die Lage in Europa, der Stand der öffentlichen Meinung und die Handlungen der Regierungen, sind heute kritischer und bedrohen den Frieden unmittelbarer, als irgend etwas, was wir seit dem Ende des großen Krieges erlebt haben."

In Frankreich und Belgien (mit einigen seltenen Ausnahmen auf belgischer Seite) erwarten die Minister und hohen Beamten den Krieg spätestens bis 1936.

Mussolini hat, wie ein belgischer Staatsmann erklärt, seine Meinung dahin offenbart, daß der Krieg in den nächsten zwei Jahren ausbrechen werde.

In allen verantwortlichen Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß das Bersten der Todeswolke ganz plötzlich einsetzen und der angreifende Staat rasch zuschlagen wird. Die furchtbare Kraft der Waffen, wie sie seit 1914 entwickelt worden ist, ermöglicht und verlangt das.

Hitleragenten in USA.

Spanknöbels sel. Erben

New York, Anfang Dezember.

Bekanntlich ist vor kurzem die ausländische Nazipropaganda von dem neuen Friedensmessias in Berlin aus offensichtlichen Gründen abgeblasen worden. Heinz Spanknöbel, der der Hauptkünder der Nazilehre in den Vereinigten Staaten und auch der Hauptterrorist der Naziregierung war, hat sich seiner drohenden Verhaftung rechtzeitig durch die Flucht entzogen. Er soll jetzt in Kanada, von dem sicheren Boden der dortigen deutschen Botschaft aus, recht tätig sein.

Als zweiter Hitlerreisender reist jetzt Professor Eugen Kühnemann, der in Amerika bekannt ist und früher schöne Reden auf die Republik und die deutsche Demokratie halten konnte, im Lande herum. Auf wessen Kosten? Nun, die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Seine Werbetöne sind mit dem üblichen akademisch schön-geistelnden Schmus verziert, der diese Art deutscher Wissenschaftler den alten Weibern beiden Geschlechtes überall wertvoll macht. Immerhin kam es nach einem Vortrage in Boston zu Unruhen, die in schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den zu Recht erregten hitlerfeindlichen Demonstranten gipfelten. Die Veranstalter des Vortrages nahmen die Gelegenheit wahr, von dem akademischen Hitlertrommler abzuschrecken.

Der dritte und komischste im Bunde ist ein aus dem Rheinland stammender Hauptmann Georg Schmitt. Er kündigte sich ursprünglich als ein mit offiziellen Beglaubigungen versorgter Vertreter des Stahlhelms und der Propagandastellen des Dritten Reiches an, entfaltete im Luxus-Hotel Waldorf-Astroria eine rührige Tätigkeit und ließ sich sogar zu langatmigen Presseinterviews herab. Nach Konferenzen mit den Nazidrahtziehern und dem Konsulate zog er aber später vor, kleinlaut zu werden und von sich nur noch als harmlosem Weinreisenden und Touristen zu sprechen.

Dieser Wechsel hatte seine guten Gründe. Bevor Schmitt von Deutschland abfuhr, hatte Hitler die Propaganda im Auslande noch nicht als schädlich abgestempelt. Schmitt kam also besten Willens hier an und gestand fröhlich und unverfroren ein, daß er nach Amerika gekommen sei, um die hier lebenden 2500 Stahlhelmer mit den Nazis gleichzuschalten. Ein Licht, wie schwierig seine Aufgabe angesichts der Tatsache ist, daß über 35 Prozent der Stahlhelmleute bereits amerikanische Bürger geworden sind, ging ihm erst später auf. Seitdem ist es um ihn ruhig geworden, was aber nicht besagen will, daß er sich jetzt ausschließlich dem Verkaufe deutscher Weine und der Bewunderung amerikanischer Naturschönheiten widmet. Im Gegenteil, seine Verhandlungen mit den Spitzen der getarnten Naziorganisation „Freunde des Neuen Deutschland" und ihren amerikanischen Helfershelfern beweisen, daß die alten Pläne zur Vergiftung der amerikanischen Oeffentlichkeit unentwegt verfolgt werden.

Der Fall Schmitt macht auch den amerikanischen Behörden Kopfschmerzen. Versucht er offiziell aufzutreten, so wird man ihn sehr schnell und sehr unzeremoniell an die Luft setzen. Macht er auf eigene Faust Propaganda, so kann man nur aufpassen und ihm rechtzeitig auf die Finger klopfen. Immerhin ist in Regierungskreisen zu verstehen gegeben worden, daß man vorerst prüfen will, unter welchen Vorspiegelungen Schmitt sein amerikanisches Besuchsvisum erhalten hat. Die amerikanische Besuchsreise des Hauptmanns Schmitt ist wahrlich kein Rosenbett.

Bleibt nur noch Fritz Gissibl zu erwähnen, der an Stelle des verschwundenen Spanknöbel an die Spitze der „Freunde des Neuen Deutschland" getreten ist. Giessibl, der seit 1928 amerikanischer Bürger ist, gründete schon 1924 die ersten Nazizweigstellen in Chicago. Er ging später nach New York, wurde Arzt in einem Harlemer städtischen Hospital, mußte aber jetzt unter dem Druck der aufgebrachten öffentlichen Meinung von seinem Posten zurücktreten. Sein letztes öffentliches Auftreten war bei dem neulichen Eckener-Lucher-Empfang in Chicago. Als der Botschafter Luther seinen Nazigefühlen Ausdruck gegeben hatte, fuhr Gissibl wie ein Ochse im Porzellanladen in die mühsam zusammengekleisterte gute Stimmung und forderte von den anwesenden Amerikanern mit Stentorstimme die Würdigung der Hakenkreuzfahne als des Symbols der deutschen „Erneuerung".

Ueberflüssig zu sagen, was sich die Amerikaner von diesem Vertreter des neuen deutschen Menschen dachten!

Ein Dokument der Niedertracht

Ein gefälschter Bericht

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nimmt in einer Erklärung scharf Stellung gegen die nationalsozialistische „Saarbrücker Zeitung", die in ihrer Nr. 328 vom 10. Dezember einen angeblichen „geheimen Sitzungsbericht" von der Pariser Konferenz der Internationale unter der Ueberschrift „Ein Dokument der Niederträchtigkeit" gebracht hatte. Darin war behauptet worden, daß unter dem Vorsitz von Otto Bauer eine Geheimsitzung abgehalten worden sei, in der deutsche Teilnehmer hetzerische Kriegsreden gegen Deutschland gehalten hätten. Diese angeblichen Reden werden in dem Bericht im Wortlaut veröffentlicht.

Das Sekretariat der SAI. stellt dazu an Hand der Stenogramme, Protokolle und Teilnehmerlisten fest, daß der Bericht des Naziblattes in allen Teilen glatt aus den Fingern gesogen ist: Es werden Teilnehmer benannt, die überhaupt nicht delegiert und auch nicht auf der Konferenz waren. Otto Bauer hat weder auf der Konferenz noch in einer Kommission jemals den Vorsitz geführt. **Kein einziger deutscher oder sonstiger Redner hat bei dieser Konferenz oder in einer Kommissionssitzung oder in irgend einem anderen Zusammenhang eine Rede gehalten, die mit dem Text des gefälschten Berichts auch nur entfernt oder sinngemäß übereinstimmt.**

Das Sekretariat der SAI. bittet alle Zeitungen, die den Artikel des Naziblattes ganz oder teilweise übernommen haben, diese Richtigstellung zu bringen.

Was tut Frankreich?

Benesch' Besuch und die neue außenpolitische Aktivität

R. B. Paris, 20. Dezember.

Das offizielle Frankreich ist Monate hindurch außenpolitisch stark behindert gewesen.

Jetzt, da das Kabinett Chautemps sein Finanzprogramm durchgesetzt hat, ist die Bahn für die Außenpolitik wieder frei geworden. Die Aemter können sich regen, und die Presse der Rechten findet mit ihrer unzufriedenen Frage, ob es überhaupt noch ein Außenministerium gebe, und ob dieses Außenministerium eine Linie und ein Ziel habe, in der Oeffentlichkeit nicht mehr denselben Widerhall wie noch vor wenigen Wochen.

Die neue Aktivität ist sehr wirkungsvoll eingeleitet worden mit dem

Besuch des tschechoslowakischen Ministers Benesch,

der nach Paris kam nicht nur als der Vertreter seines Landes, sondern auch als Wortführer der Kleinen Entente.

Aber worüber ist man sich einig?

Zunächst über die Abwehr des von Mussolini eingeleiteten, von Hitler-Deutschland begeistert begrüßten und von Großbritannien nicht ganz ungern gesehenen

Angriffs auf die Grundlagen des Völkerbundes.

Reformen in den Methoden der Genfer Organisation — ja, doch keine Erschütterung ihrer Fundamente. Sie soll nicht zu einem Instrument der Mächte werden, die die Karte Europas zu verändern bestrebt sind. Sie soll nicht die Kleinen zu Gunsten der Großen benachteiligen.

Ebenso ist die Saarfrage erörtert worden, und der tschechische Minister hat sicher mit Befriedigung von den Erklärungen seines Partners Kenntnis genommen, daß Frankreich nicht daran denkt, Sonderverhandlungen über die Saar zu führen und gar Hitler dieses Gebiet ohne Vornahme eines Plebiszits auszuliefern.

Der Völkerbundrat wird im Januar einen Ausschuß einsetzen, der sich mit der Vorbereitung der Saarabstimmung beschäftigen wird

und der sich vor allen Dingen über die Mittel schlüssig zu werden hat, die gegen die Terrorisierung der Abstimmungsberechtigten durch die Nationalsozialisten in Anwendung zu bringen sind.

Bleiben endlich die Abrüstungskonferenz und die deutschen Rüstungen. Die Annahme ist berechtigt, daß dieser Komplex den größten Raum in den Unterhandlungen eingenommen hat. Auch hier ist Einigkeit erzielt oder bestätigt worden, aber ob auch vollständige Klarheit — das ist eine andere Frage. Immer wieder steht man vor der Tatsache, daß Deutschland rüstet und daß nicht zuletzt angesichts der Haltung Großbritanniens an die Durchführung der im Versailler Vertrag vorgesehenen „Investigation" mit der etwaigen Folge von

Sanktionen nicht zu denken

ist. Eben deshalb gibt es keinen andern Weg als den Versuch, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse doch noch zu einer internationalen Abrüstungskonvention zu kommen, an deren Vorbereitung sich Deutschland beteiligt, oder der es zustimmt, wenn sie ohne seine Mitwirkung angenommen worden ist.

Toter in Dachau

Nach einer polizeilichen Meldung aus dem Lager von Dachau hat der Schutzhaftgefangene Fritz Bürk aus Memmingen den ihn begleitenden Posten tätlich angegriffen. „Er sprang den Posten vollkommen unerwartet an und versuchte ihn zu erwürgen. Der Posten gab mehrere Schüsse ab, wodurch Bürk getötet wurde. Bürk hat sich schon wiederholt gegen die Wachmannschaft aufgelehnt und gegen die Lagerordnung verstoßen.

So der Polizeibericht. Der Getötete stand völlig unbewaffnet einem schwer bewaffneten Mann gegenüber, der wenn nötig, noch hundert andere Bewaffnete heranholen konnte. Wer soll da glauben, daß der Posten in Notwehr gehandelt hatte? Ganz offenbar handelte es sich um einen neuen vorsätzlichen Mord an einem Gefangenen.

*

Ein ehemaliger Insasse des Lagers Brandenburg berichtet in den Informationen der Roten Hilfe.

Am 2. Oktober hieß es plötzlich, daß sich die Arbeiterin Gertrud Pieter in ihrer Zelle erhängt habe. Sie hat noch kurz vor ihrer Verhaftung gesprächsweise geäußert, daß sie niemals freiwillig ihrem Leben ein Ende machen würde. Und in ganz Brandenburg glaubt auch niemand an diesen „Selbstmord". Die Wahrheit ist, daß die Frau zu Tode geprügelt und nachträglich aufgehängt worden ist.

In den letzten Tagen des September kam aus dem Bunker heraufgeführt, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Theo Neubauer zu uns. Er machte zunächst einen vollkommen verstörten Eindruck. Eines Tages hörte ich, wie der SS-Mann, der der Schließer im Bunker ist, zu Dr. Neubauer sagte: „Na, Neubauer, hier ist es wohl besser als unten." Von den übrigen Gefangenen will ich nur noch Dr. Bendix und Erich Mühsam nennen, die beide besonders mißhandelt wurden. Mühsam befindet sich im Krankenhaus.

Erklärung

Am 14. Dezember hat der Propagandaminister des Dritten Reiches, Göbbels, in einer Rede im Berliner Sportpalast ausgeführt:

„Wenn beispielsweise auf dem Kongreß der Zweiten Internationale Herr Wels offen zum Krieg gegen Deutschland aufruft, wenn Herr Breitscheid die Völker im Namen der Humanität auffordert, in Deutschland einzurücken, was ist das denn anderes als schmählichster Verrat an Deutschland, am eigenen Volk, am eigenen Blut?"

Wir stellen dazu fest, daß keines der beiden genannten Parteimitglieder auf einem Internationalen Kongreß oder bei irgend einer anderen Gelegenheit eine Aeußerung getan hat, die mit den von Göbbels wiedergegebenen auch nur die entfernteste Aehnlichkeit hätte. Wie die Lüge von der kommunistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront zur Anstiftung des Reichstagsbrandes als Vorwand für den nationalsozialistischen Staatsstreich dienen mußte, so wird jetzt die Verleumdung von einer angeblichen Kriegshetze deutscher Sozialdemokraten verbreitet um die Schuld der Hitlerregierung an der drohenden Kriegsgefahr zu verbergen und für neue verbrecherische Gewalttaten gegen Andersgesinnte neue Vorwände zu schaffen. Das deutsche Volk soll nicht merken, daß diejenigen, die sich heute als die allein berufenen Hüter deutscher Volksinteressen aufspielen, in Wahrheit die gefährlichsten Feinde der Nation sind.

Behauptungen eines Göbbels haben in der Welt keine Beweiskraft. Sie kennzeichnen nur das System des Verbrechens, das er verkörpert.

Prag, 18. Dezember 1933.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Herren und Knechte

Nationalsozialistisches Arbeitsrecht

Der sittliche Wert einer Staatsverfassung wird nicht zuletzt am Arbeitsrecht und an der Masse von Arbeitsschutz gemessen, das ein Staat den schaffenden Menschen gewährleistet. In der Weimarer Verfassung stand die Arbeit unter dem besonderen Schutz der Republick. Die formale Vertragsgleichheit für Unternehmer und Arbeitnehmer wurde für nicht ausreichend gehalten, um die wirtschaftliche Vormachtstellung des Unternehmers auszugleichen. Besonderer Schutz hieß in diesem Falle erhöhter Schutz des wirtschaftlich Schwächeren gegen den wirtschaftlich Stärkeren. Der Kern der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung war die Anerkennung des Kollektivismus, um die organisatorischen Kräfte der Arbeiter und Angestellten zur Entfaltung kommen zu lassen. Die volle Koalitionsfreiheit ist deshalb der Gradmesser für die Wertschätzung der Arbeit im Staate. Da das Schicksal des einzelnen Arbeiters und Angestellten gleichzeitig das Schicksal seiner Klasse in der kapitalistischen Wirtschaft ist, **so kennzeichnet es die soziale Heuchelei der neuen deutschen Staatsführung, daß sie vom Adel der werktätigen Arbeit redet und gleichzeitig durch Zerschlagung der Koalitionsfreiheit die Arbeiter und Angestellten zu Knechten der kapitalistischen Unternehmer herabwürdigt!**

Die Einzelheiten des faschistischen Arbeitsrechts sind noch nicht bekannt gegeben worden, doch läßt die jetzt herausgebrachte Denkschrift des Preuß. Justizministeriums über „Nationalsozialistisches Strafrecht" den neuen sozialen Kurs allmählich erkennen. Schon die Eingliederung des Arbeitsrechts in das neue Strafrecht zeigt, daß der Weg der republikanischen Sozialgesetzgebung, wonach ein autonomes Arbeitsrecht geschaffen werden sollte, verlassen worden ist.

Im republikanischen Deutschland war in bewußter Abweichung vom alt-römischen Recht der Schutz der menschlichen Arbeitskraft vom Schutz der toten Ware getrennt worden. Auch die besondere Arbeitsgerichtsbarkeit ließ den Gedanken eines besonderen Schutzes der Arbeitskraft erkennen.

In der preußischen Denkschrift ist nicht etwa von einem Gesetz über Arbeitsschutz die Rede, sondern im Strafrecht sollen zwei Sachgebiete mit einbezogen werden:

1. Angriffe auf die nationale Arbeitskraft,
2. Schutz der Arbeitskraft.

Ist schon der Verzicht auf ein eigenes Gesetz der Arbeit auffallend, so geht aus den weiteren Einzelheiten erst deutlich hervor, daß der Arbeiter und Angestellte gegenüber Unterdrückung und Ausbeutung durch den Unternehmer schutzlos sein wird. Was ist zu 1. „die nationale Arbeitskraft?" Lesen wir die Denkschrift:

„Unter Arbeitskraft versteht man die natürliche Fähigkeit des einzelnen Volksgenossen, Arbeit zu leisten. Die Gesamtheit dieser Arbeit leistenden Volksgenossen bildet die Nation. Nationale Arbeitskraft ist also die der Gesamtheit aller Volksgenossen innewohnende Fähigkeit zur Arbeitsleistung."

Der kommende strafrechtliche Schutz der nationalen Arbeitskraft ist also nicht für die Träger der nationalen Arbeit, nämlich die Arbeiter und Angestellten bestimmt, sondern was geschützt werden soll, ist die kapitalistische nationale Wirtschaft. Im einzelnen wird dann aufgezählt, was unter Strafe gestellt werden soll.

„Verbotene Förderung der Auswanderung, verbotene Beschäftigung von Ausländern, Stillegung lebenswichtiger Betriebe, Bettelei (die sozialen Ursachen des Bettels sind straffrei, aber die bettelnden Opfer kapitalistischer Mißwirtschaft werden bestraft) Landstreichen, Arbeitsverweigerung arbeitsscheuer Unterstützungsempfänger, Verletzung der Arbeitsdienstpflicht und Selbstverstümmelung, insbesondere um in den Genuß öffentlicher Unterstützung zu gelangen oder um die Mildtätigkeit der Oeffentlichkeit in Anspruch zu nehmen."

Das also sind die Rechtsgüter, die im neuen Strafrecht unter einen besonderen Schutz gestellt werden sollen. Das Ganze nennt sich „Schutz der nationalen Arbeitskraft"!

Auch die zweite Gruppe, in der wörtlich vom Schutz der Arbeitskraft gesprochen wird, bringt nicht den Schutz für die Träger der Arbeit gegen ihre Arbeitgeber, sondern bringt vielmehr **die völlige Zerstörung der seit 1918 gewonnenen Rechtsgrundlage** und führt zurück in patriarchalische Verhältnisse. So heißt es in der Denkschrift unter Anknüpfung an altgermanische Herrschaftsverhältnisse:

„Mit dem Dienstantritt übernahm aber auch der Herr eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Manne. Es galt der Grundsatz „Treue um Treue".

Ein solches Treueverhältnis, das angeblich den einseitigen Arbeiterschutz überflüssig machen soll, bedeutet im Zeichen des Monopolkapitalismus ein ausgesprochenes soziales Gewaltverhältnis. Die faschistische Diktatur wird auf den Betrieb übertragen. So schreibt auch Ludwig Brucker über den Wiederaufbau der Wirtschaft:

„Es handelt sich beim Arbeitsvertrag mithin nicht um eine Urkunde über Kauf und Verkauf der Arbeitskraft, sondern im weitaus höheren Maße *um die Schaffung* eines *persönlichen* materiell *zunächst* nicht bewertbaren Verhältnisses der in gemeinsamer (?) Arbeit verbundenen Menschen. Es handelt sich darüber hinaus um die Dienstbarmachung aller Deutschen, Unternehmer und Arbeiter, am Volksganzen."

Soviel Worte, soviel Unwahrheiten! Solange der kapitalistische Unternehmer im Besitz der Produktionsmittel ist, der Arbeiter aber, von ihnen getrennt, gezwungen wird, seine Arbeitskraft dem Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen, er also in der Verwertung seiner Arbeitskraft vom Unternehmer abhängig bleibt, ist die Verweigerung des staatlichen Schutzes für den Lohn- und Gehaltsempfänger gleichbedeutend mit seiner Auslieferung an den Unternehmer. **Die angebliche Dienstbarmachung der Arbeit für das Volksganze ist nichts anderes als einseitigste Bereicherung der Reichen auf Kosten der Armen.**

In den folgenden Einzelvorschlägen wird zwar vom strafrechtlichen Schutz bei Verletzung der Kinderarbeit, der Gefährdung der Schwangerschaft, der Gefährdung der Betriebssicherheit und bei Lohnwucher gesprochen. Das alles bleibt ein soziales Täuschungsmanöver, wenn die Voraussetzung jeder Sozialpolitik, nämlich die Freiheit der Arbeit nicht gewährleistet ist und die Verkäufer der Arbeitskraft mangels jeder Koalitionsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt völlig entwaffnet dem Unternehmer ausgeliefert werden.

Der Schwindel wird auf die Spitze getrieben indem auch die „Verfemung von Arbeitnehmern durch schwarze Listen" unter Strafe gestellt werden soll. Dabei ist die staatliche Arbeitsmarktpolitik heute schon auf schwarzen Listen aufgebaut. **Oder ist es keine Verfemung von Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten, wenn ihnen der Arbeitspaß verweigert wird, weil sie nicht anerkannte Parteigänger Adolf Hitlers sind?**

Hier wird im ganzen unter dem falschen Kennwort „Arbeitsschutz im neuen Staat" die kapitalistische Lohnarbeit durch die faschistische Gesetzgebung noch besonders verankert. Das nationalsozialistische Ideal hat zwar staatspolitisch den Liberalismus abgelöst, aber mit dem Ziel, den liberalistischen Profitgedanken, der anfing unrentabel zu werden, wieder für die Unternehmer lohnend zu machen!

S. A.

Fort mit der Sozialpolitik!

Auflösung des Amtes für Sozialpolitik.

Die Umorganisation der Arbeitsfront wird im stürmischen Tempo weiter durchgeführt. Nachdem das Eigenleben der einzelnen Gewerkschaften abgedrosselt ist, wird nun mehr auch die verbleibende Spitze der Arbeitsfront vom letzten sozialpolitischen Ballast befreit. In den Erlassen, die jetzt am laufenden Band veröffentlicht werden, verkündet der Leiter des Organisationsamtes:

„Mit sofortiger Wirkung wird das Amt für Sozialpolitik in der Deutschen Arbeitsfront in „Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront" umbenannt und in vier Abteilungen gegliedert.

gez. Claus Selzner M. d. R."

Die harmlose „Umbenennung" ist in Wirklichkeit die Auflösung des Amtes für Sozialpolitik, denn wie die Presse der Arbeitsfront weiter erläutert, soll nach dem Willen des Führers die Arbeitsfront „nicht die Stätte sein, auf der die materiellen Fragen des Arbeitslebens" entschieden werden. Das Amt für Sozialpolitik habe seine Arbeiten schon vor dieser Erklärung im Sinne der Entscheidung des Führers geführt. (Was wir nicht bestreiten möchten. D. Red.) Dann aber heißt es über die Aufgaben des Amtes: (Aus „Der Deutsche Holzarbeiter", Nr. 50)

„Sein Zweck ist nicht, Sozialpolitik zu treiben oder sozialpolitische Maßnahmen zu ergreifen, sondern die (?) sozialen Aufgaben zu erfüllen, die sich aus den Funktionen der Arbeitsfront ergeben."

Diese dunkle Ankündigung wird im weiteren Text erhellt durch die Offenbarung, daß es sich um die Schulung der Menschen handelt. Also endlich wird die Wurst erkenntlich! Die Arbeitsfront wird faschistisches Erziehungsinstitut für Arbeitsmenschen. Und schließlich übernimmt das umgetaufte Sozialamt die Verbindung zwischen Arbeitsfront und den beteiligten Ministerien.

Nun war im Aufruf des Leiters der Arbeitsfront als Ersatz für die Entgewerkschaftung der Verbände versprochen worden, daß in den kommenden Wochen ein umfassendes Arbeits- und Sozialgesetzgebungswerk durch das Kabinett verabschiedet werden würde. Aber schon werden wiederum Neugierige durch einen weiteren Erlaß des Pg. Claus Selzner gewarnt. Er befiehlt:

„Bis zu diesem Zeitpunkt (dem Erlaß des neuen Sozialgesetzes DR) ist allen Dienststellen der NSBO und damit der Deutschen Arbeitsfront untersagt, von sich aus Veröffentlichungen über diesen Fragenkomplex zu erlassen."

Es ist der Arbeitsfront also nicht nur verboten, Sozialpolitik zu treiben, sondern auch über Sozialpolitik zu reden oder zu schreiben. Damit der Wirrwarr seine Krönung findet, erklärt Claus Selzner schließlich:

„Wenn zu diesem Gesetzgebungswerk vor Bekanntmachung im Reichsgesetzblatt etwas zu veröffentlichen ist, darf es nur durch das Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront geschehen".

Da aber, so fügen wir als gelehrige Leser des vorher erwähnten Erlasses von Claus Selzner hinzu, das umgetaufte Sozialamt (früher Amt für Sozialpolitik) nicht den Zweck hat Sozialpolitik zu treiben, sondern eine „soziale Aufgabe" zu erfüllen hat, die in der parteipolitischen Schulung der Menschen besteht, so dürfte eine Veröffentlichung über das kommende neue Sozialgesetzgebungswerk kraft Erlasses nur durch das Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront geschehen, wenn eine solche Veröffentlichung dem Sozialamt nicht durch den anderen Erlaß des Pg. Claus Selzner verboten worden wäre.

Aus 1000 macht 10.000!

Wie die Nazis schwindeln.

Die Leuna-Werke haben kürzlich mitgeteilt, daß sie ihre Benzin-Produktion durch Hydrierung von Braunkohle steigern wollen. Dadurch würden mehr als 1000 (eintausend) Arbeitskräfte mehr beschäftigt. Die Nazipresse macht aus 1000 flugs 10.0000 (zehntausend). Selbstverständlich lachen darüber nicht nur die Arbeiter und Angestellten im Leuna-Werk, sondern alle Menschen, die wissen, daß im Leuna-Werk seit Jahr und Tag überhaupt nicht mehr als zehntausend Menschen beschäftigt werden. Der allergrößte Teil ist mit der Produktion von Stickstoff beschäftigt. Wollte man bei der Hydrierung von Benzin 10.000 Menschen neu beschäftigen, so müßten die gegenwärtigen Anlagen mit einem Schlage um ein Vielfaches erweitert werden. Noch stärker als in den meisten chemischen Prozessen ist nämlich bei der Hydrierung von Kohle zu Benzin die menschliche Arbeitskraft weitgehend durch die Tätigkeit von Apparaten ersetzt.

Schicksal der Gewerkschaften

In Nr. 260 des „Oberpfälzischen Kurier" vom 10. Dezember liest man folgende

Berichtigung

Die in Nummer 272 des „Oberpfälzischer Kurier" vom Mittwoch, den 29. November 1933, gebrachte Ueberschrift: „Die Gewerkschaften verschwinden" ist unrichtig.

Richtig ist, daß die Verbände einstweilen in ihrer bisherigen Art bestehen bleiben und **erst, wenn der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, es für notwendig hält, liquidiert werden.**

Weiterhin wurde in oben bezeichnetem Artikel die Feststellung gemacht, wonach die Aufnahmegebühr zur DAF. RM. 0.30 betrage.

Richtig ist, daß die Aufnahmegebühr zur Deutschen Arbeitsfront für alle Einzelmitglieder RM. 0.50 beträgt.

Heil Hitler!

Höreth.
Gaubetriebszellenobmann.
stellv. Bezirksleiter der DAF
Gau „Bayerische Ostmark".

Das Schicksal der Gewerkschaften in den Händen eines Ley!

Mein Nutz geht vor dein Nutz!

In der guten alten Zeit der Monarchie, in der das Volk nur dazu da war den Monarchen ein angenehmes Leben zu ermöglichen, standen den Monarchen selbstverständlich auch alle Einrichtungen des Staates unentgeltlich zur Verfügung. Die Republik hat diese Vorrechte abgeschafft. Im Dritten Reich aber werden sie wieder eingeführt. Zunächst hat der Verwaltungsrat der Reichspost beschlossen, daß für Fernsprechanschlüsse, Gespräche und Telegramme des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers von jetzt ab keine Gebühren mehr erhoben werden. In kurzer Zeit wird man einen Beschluß auf völlige Portofreiheit folgen lassen. Dann bleibt nur noch übrig, daß auch dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler das lästige Steuerzahlen durch völlige Steuerfreiheit abgenommen wird. Der Anfang dazu ist ja bei Herrn Hindenburg schon gemacht worden!

Haben Sie schon Ihre Abonnementsgebühren überwiesen?

Unsere Postscheck-Konten lauten:

Tschechoslowakei: Zeitschrift „N. V.", Karlsbad. Prag 46.149
Österreich: „Neuer Vorwärts", Karlsbad. Wien B-198.304
Polen: „Neuer Vorwärts", Karlsbad. Warschau 190.163
Schweiz: „Neuer Vorwärts", Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697
Ungarn: Anglo-Čechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts", Budapest Nr. 2029
Jugoslawien: Anglo-Čechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto „Neuer Vorwärts". Beograd Nr. 51.005

Wir bitten Sie, die Einzahlungen sofort und unter Beachtung der Kontenbezeichnung vorzunehmen.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia" Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.